

Niederschrift
über die Sitzung der Gemeindevertretung
in Meinhard-Grebendorf, Bürgerhaus
Sitzungstag: 15. Juni 2023

Gemeindevertretung:

Anwesend:

Vorsitzender Niclas Krannich

Michael Pack
Uwe Beck
Silvia Volkmar
Dirk Funke
Rainer Klippert
Uta Laumann
Gerhard Pippert
Erwin Roth

Frank Gimbel
Ingo Krause
Joachim Gruß
Christian Menthe
Isabell Menthe
Timo Sauer
Susanne Thomas

Guido Hasecke
Bernhard Mensing
Georg Hottenrott

Carl Christoph Jost

Entschuldigt fehlen:

Karl Jeanrond
Bruno Sieberhein

Gemeindevorstand:

Anwesend:

Bürgermeister Gerhold Brill
Erste Beigeordnete Friederike Gruß
Beigeordneter Karl Pöpperl
Beigeordneter Helmut Wagner
Beigeordneter Herbert Wicke

Entschuldigt fehlen:

Beigeordneter Mathias Mengel
Beigeordneter Karsten Hose
Beigeordneter Dieter Schönberg

Ortsvorsteher/innen:

Anwesend:

Entschuldigt fehlen:

Florian Gimbel

Schriftführerin:

Angelina Fischer

Beginn: 20:00 Uhr

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Herr Krannich, begrüßt die Anwesenden und gratuliert im Namen der Gemeindevertretung Herrn Gimbel und Frau Laumann nachträglich zu ihren Geburtstagen. Außerdem verkündet er, dass Frau Marina Wurdinger der FDP-Fraktion am 23.05.2023 ihr Mandat in der Gemeindevertretung der Gemeinde Meinhard niedergelegt hat. Ihr Nachrücker, Herr Günter Asael, hat ebenfalls auf sein Mandat verzichtet, wodurch ein Sitz der FDP-Fraktion in der Gemeindevertretung bis zur nächsten Kommunalwahl unbesetzt bleibt. Somit besteht die Gemeindevertretung für diese Zeit nur noch aus 22 Mitgliedern. Er stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und die Gemeindevertretung beschlussfähig ist.

Folgender Änderungswunsch besteht zur Tagesordnung:

Gemeindevertreter Jost bittet den Tagesordnungspunkt 12 auf Platz 1 der Tagesordnung vorzuziehen.

Begründung:

Der Tagesordnungspunkt 12 „Ankauf des Kita-Bauplatzes im Ziegelweg“ sollte vorgezogen werden, weil dieses Thema in den vergangenen Sitzungen genügend ausdiskutiert wurde. Es muss eine Entscheidung getroffen werden und es darf keine Verzögerungen mehr geben. Wir sind die Gemeindevertretung und wir müssen nun nach bestem Wissen und Gewissen eine Entscheidung treffen. Aufgrund der Zeit der heutigen Sitzung soll der Tagesordnungspunkt 12 nicht möglicherweise ausfallen.

Gemeindevertreter Pack stimmt dem zu, dass eine Entscheidung getroffen werden muss. Allerdings muss man bedenken, dass Bürgermeister Gerhold Brill sagt, eine Gruppe des neuen Kindergartens soll rund 1 Millionen Euro kosten. Der Kindergarten am Bernstal sollte ca. 9 Millionen Euro kosten und der am Ziegelweg ca. 7 Millionen Euro. In keinem Bauplan im Ziegelweg hat **Gemeindevertreter Pack** je einen „Multi-Funktionsraum“, wo die Kinder sich bewegen, Sport machen können oder Ähnliches gesehen. Wenn man diese Kosten aufrechnen würde, hätte man lediglich eine Differenz von ca. 200.000 Euro, wobei Straßen, Wege etc. noch nicht miteingerechnet sind. **Gemeindevertreter Pack** bittet darum die Tagesordnung so zu lassen, wie sie ist.

Gemeindevertreter Hasecke ist etwas schockiert über die vorherigen Redebeiträge, da diese eher gegenteilig sind. Das Wissen, wovon Gemeindevertreter Pack sprach, kann nur durch Informationen erlangt werden. Die heute gestellten Anträge von der CDU sind Informationsanträge, welche weder lang dauern, noch viel kosten, weil die Informationen bereits ausgearbeitet wurden und lediglich neue Angebote einzuholen sind. Es geht auch um Geschwindigkeit. **Gemeindevertreter Hasecke** erzählt von einem Kommentar vom HSGB, bei welchem es ebenfalls um Kindergärten und Neubauten von Kindergärten ging. Dabei wurde vom HSGB ausgesagt, dass man mit drei Jahren rechnen muss, bevor der Bau überhaupt begonnen werden kann. Im Ziegelweg beispielsweise gibt es noch nicht einmal ein Bebauungsplan. Wenn wir uns also beeilen und die vorgeschlagene Modulbauweise anpassen, eventuell nur vier statt sechs Gruppen bauen, könnte man Kosten sparen. Ansonsten sind wir bald die Nummer eins in Hessen, weil wir die Grundsteuer anheben müssen! Wir haben in der Gemeinde auch nicht nur dieses Projekt, sondern auch den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern, etc. Zudem haben wir einen „Investitionsstau“, welcher letztmalig mit 10 Millionen Euro beziffert wurde. Herr Hasecke erklärt, es ist eigentlich kein Investitionsstau, sondern eher ein Sanierungsstau. Darauf richten sich seine heutigen Anträge und er ist auch gern bereit, wenn der Bauplatz am Ziegelweg wirklich die Alternative sein sollte, dies zu unterstützen. Aber man muss diese Entscheidung auch allen Bürgern, für welche wir hier sind, erklären können. Erklären kann man die Entscheidung am besten, wenn man entsprechende Zahlen kennt. Dadurch stimmen die heutigen Anträge der CDU auch mit denen der SPD überein, weil es Informationsanträge sind. Dagegen kann man sich laut **Gemeindevertreter Hasecke** nicht einfach verwehren und die Tagesordnung mal eben umstellen. Die Tagesordnungspunkte müssen trotzdem bearbeitet werden, das ist Fakt! Somit ist die CDU-Fraktion ebenfalls gegen die Änderung der Tagesordnung.

Vorsitzender Krannich lässt darüber abstimmen, den Tagesordnungspunkt 12 „Ankauf Kita-Bauplatz im Ziegelweg“ auf Platz 1 der Tagesordnung vorzuziehen.

Beschluss: 11 dafür, 9 dagegen

Die Tagesordnung wurde damit wie folgt geändert:

- TOP 1 Ankauf Kita-Bauplatz im Ziegelweg
- TOP 2 Zusammenlegung des HFA mit dem BUA, Änderung der Hauptsatzung
- TOP 3 Antrag zur Prüfung eines Durchfahrtsverbotes für LKW in Frieda
- TOP 4 Antrag zur Benennung von Grundstücken für Gewerbeflächen
- TOP 5 Antrag zur Teilnahme am Förderprogramm des Bundes zum Klimawandel
- TOP 6 Antrag zur Prüfung der Bebauung des „Waldstadions“ in Grebendorf mit einem Kindergarten
- TOP 7 Antrag zur Prüfung der Erweiterung des Kindergartens Frieda
- TOP 8 Antrag zur Prüfung der Erweiterung des Kindergartens Schwebda
- TOP 9 Antrag zur Prüfung die Meinhard-Schule als Kita-Standort zu nutzen
- TOP 10 Antrag zu den Auswirkungen / Belastungen der Gemeinde / des Haushalts durch einen Kita-Neubau
- TOP 11 Antrag zur Errichtung eines Livestreams zur Übertragung der Gemeindevertretersitzungen
- TOP 12 Anfrage zur Änderung der Parksituation für die Feuerwehr Frieda
- TOP 13 Kooperationsvertrag mit Deutscher Glasfaserunion
- TOP 14 Annahme des Zuwendungsbescheides Rettungsboot Feuerwehr Schwebda
- TOP 15 Bericht gem. § 28 der hess. GemHVO-Doppik über den Stand des Haushaltsvollzuges
- TOP 16 Bericht zum Vollzug von Investitionen
- TOP 17 Bericht nach § 66 der Hessischen Gemeindeordnung und Bekanntgabe überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen
- TOP 18 Anregungen und Verschiedenes

TOP 1

Ankauf des Kita-Bauplatzes im Ziegelweg

Gemeindevertreter Sauer berichtet, dass dieses Thema nun seit sechs Jahren in der Gemeindevertretung diskutiert wird und dass zum Wohle der Kinder und Eltern heute die richtigen Weichen gestellt werden sollen. Wir drehen uns schon zu lange im Kreis und **Gemeindevertreter Sauer** möchte gar nicht weiter ins Detail gehen, da dies in der Vergangenheit oft genug vorkam. Wir sollte bei diesem Thema langfristig denken, denn es geht schließlich um die Zukunft unserer meinharder Kinder. Fakt ist, dass ein neuer Kindergarten gebaut werden muss! Wir wollen keine Steuergelder verschwenden, dafür steht die ÜWG und dies sollte jedem bekannt sein, aber wir sehen im Standort im Ziegelweg den besten und zukunftsfähigen Standort! Der Standort ist hinsichtlich der Bebauung sehr flexibel und es kann alles gebaut werden. Ob nun ein viergruppiger oder auch ein sechsgruppiger Kindergarten, wir haben an diesem Standort alle Möglichkeiten. Aber wir müssen endlich tätig werden und ein Grundstück für den Kindergartenneubau kaufen, auch um der Fachaufsicht beim Werra-Meißner-Kreis ein deutliches Signal zu geben. Die Verkehrsproblematik im Ziegelweg kann mit einfachen Mitteln entschärft werden. **Gemeindevertreter Sauer** sieht dabei keine hohen Zusatzkosten. Langfristig muss es unser Ziel sein in Meinhard zwei Kindergartenstandorte zu haben. Im Wahlkampf 2021 warben wir mit

einem Flyer für eine Mehrgenerationenlösung. Durch die Möglichkeit der Ansiedlung einer Senioreneinrichtung am Standort Ziegelweg, könnten wir dieses Projekt verwirklichen! Wir sollten also keine Chance vergeben und Meinhard dadurch schwächen. Das Zusammenspiel bzw. die Synergieeffekte der beiden Einrichtungen sieht **Gemeindevertreter Sauer** als hoffnungsvoll an. Die Kindergarten-Kommission hat sich für den Ziegelweg ausgesprochen, auch die beiden Ausschüsse haben sich mit den Stimmen der SPD mehrheitlich für den Ziegelweg ausgesprochen, der Ortsbeirat Grebendorf hat sich gegen den Standort Ziegelweg ausgesprochen. Wir als ÜWG sehen den Neubau eines Kindergartens als ein gesamt meinharder Projekt und werden daher dem Ankauf heute zustimmen!

Gemeindevertreter Pippert fragt, ob Herr Sauer erklären kann, wie die Verkehrslage am Ziegelweg entschärft werden soll.

Gemeindevertreter Sauer erklärt, dass er dabei jedenfalls keine hohen Kosten sieht. Man könnte ein einseitiges Halteverbot machen und den Verkehr in Richtung Freizeitzentrum auf die K3 ableiten. So bräuchte man zumindest keine Umgehungsstraße. Er merkt an, dass er die Verkehrssituation am Standort Waldstadion viel problematischer sieht, wenn dort so viele Autos hinauffahren, wird die Verkehrssituation ebenfalls sehr schwierig.

Gemeindevertreter Pack fragt, wer von den Anwesenden am vergangenen Wochenende beim Heimatfestanspiel in Grebendorf war. Gesehen hat er Bürgermeister Gerhold Brill, ansonsten hat er aber von 14-17:00 Uhr keinen der Anwesenden dort gesehen. Insgesamt war es dort leider aufgrund der Hitze nicht wirklich angenehm. Im Zelt haben dann noch zehn Besucher Platz gefunden, der Rest stand direkt am Getränkewagen und in die Sonne hat sich keiner gestellt! Wir können sicherlich Sonnensegel aufhängen, Zelte aufstellen, usw. aber der Kindergarten dort am Ziegelweg steht komplett in der prallen Sonne. Wer das Heimatfestanspiel am Wochenende miterlebt hat, es ist kein Vergnügen sich bei vollem Sonnenlicht und voller Hitzeeinstrahlung dort zu bewegen. Nichts desto trotz, der Punkt wurde vorgezogen und die SPD hat einen Ergänzungsantrag zu TOP 1 „Ankauf Kita-Bauplatz im Ziegelweg“. **Gemeindevertreter Pack** verliest den Ergänzungsantrag wie folgt:

„Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Gemeindevorstand sich bei den Vertragsverhandlungen für den Grunderwerb im Ziegelweg in Grebendorf die notariellen Kaufverträge der Gemeinde Meinhard mit den jeweiligen Grundstückseigentümern so zu gestalten, dass sie im Falle einer nicht möglichen Bebauung mit einem Kindergartengebäude hinfällig werden und somit rückabgewickelt werden müssen. Diese Vertragsklausel sollte für die Dauer von zwei Jahren ab der Beurkundung des Notares gelten. Zum Zeitpunkt der festgestellten Bebauungssicherheit für eine Kindertagesstätte endet die Frist vorzeitig. Sollte der Verkäufer (beide gleichgestellt) innerhalb dieses Zeitraumes die Grundstücke einem anderen Käufer veräußern können, haben sicherlich auch sie die Möglichkeit diese Klausel von der Kaufvertragsrückabwicklung in Anspruch zu nehmen.“

Gemeindevertreter Mensing erklärt, dass er etwas verwundert über die Kaufentscheidung sei. Wir gehen hier, bei dem Baugrundstück im Ziegelweg, von 50€ für ein unbebautes, unerschlossenes Grundstück aus. Wenn man dies auf die Zukunft resultiert, was sollen denn in Meinhard dann künftig bebaute Grundstücke kosten? Man müsste noch die Erschließung einberechnen und würden uns bei ca. 80-100 Euro für erschlossenes Bauland einpendeln. Wir als Gemeinde gehen hier mit 50 Euro voran. **Gemeindevertreter Mensing** ist der Meinung, hier müsste bei dem vorhandenen Grundstück nachverhandelt werden oder es müsste ein anderes Grundstück gefunden werden.

Gemeindevertreterin Menthe möchte darauf hinweisen, dass es lediglich darum geht das Grundstück zu kaufen und vor allem ist auch noch nichts entschieden. Wir

wissen ebenso alle, dass das Grundstück teuer ist und was es kostet, aber sie denkt, dass auch alle wissen, dass wir kein günstigeres Grundstück finden werden. Dies liegt auch an den Fehlern, die wir alle zusammen gemacht haben. Das Thema Sonnenschutz, Wind, etc. wird mit den Architekten zusammen bestimmt.

Gemeindevertreterin Menthe sagt, wir sollten heute nicht gegen ein Grundstück stimmen, wobei noch nicht feststeht, was genau darauf gebaut werden soll.

Gemeindevertreter Pack fragt an, wie lange die Tonaufnahmen dieser Sitzung gespeichert werden und wünscht die Aufnahme der heutigen Sitzung langfristig zu speichern.

Gemeindevertreter Hasecke beschwert sich darüber, dass die Informationen nach hinten gestellt werden und der Beschluss nach vorn gestellt wird. Das Grundstück soll für den Kindergarten sein und nun heißt es, dass wir nicht wüssten, was wir tun. Das Grundstück soll 50 €/qm kosten. Dies ist Ackerland, welches sonst mit 1,10 €/qm ausgewiesen wird. Der Gemeindevorstand hatte ursprünglich die Grubenstraße bevorzugt, die Kindergartenkommission allerdings einen anderen Standort. Laut Herrn Hasecke läuft hier einiges schief. Die Kindergartenkommission selbst ist nicht rechtmäßig, betont **Gemeindevertreter Hasecke**. Seiner Meinung nach ist diese Kommission mit 23 Mitgliedern zu groß, allerdings ist es das Recht des Bürgermeisters eine solche Kommission zu bilden. Dabei hätten die Mitglieder aber von der Gemeindevertretung berufen werden müssen und dies ist in der neuen Gemeindevertretung nicht geschehen. Und wir bauen immer nur auf diese Kindergartenkommission auf, sagen wir brauchen keine Informationen.

Gemeindevertreter Hasecke erzählt aus einer Sitzung der Kindergartenkommission aus 2019. Eine Frau Simon hat damals den Anbau an einen bestehenden Kindergarten favorisiert, da sich dabei die Kosten gering halten würden. Außerdem könnte man von den bestehenden Räumlichkeiten und dem Außengelände profitieren. Es ist also allen bewusst, dass durch einen Anbau, welcher natürlich nicht zu groß werden darf, da andere Bundesländer bereits Sperren wegen zu vieler Gruppen bekommen haben, Kosten und Zeit gespart werden könnte. Würde man also in Modulbauweise anbauen, könnte man wahrscheinlich schon nächstes Jahr mit dem Anbau beginnen und Plätze zur Verfügung stellen. Außerdem weiß man laut Herrn Hasecke nicht, was mit der Meinhard-Schule ist. Es heißt den Kindergarten in die Schule zu integrieren würde nicht gehen, da kein Platz ist. Dies haben die Direktorin der Schule und die Landrätin so erklärt. **Gemeindevertreter Hasecke** fragt, wann wird denn endlich die richtige zuständige Stelle dazu befragt. Man sollte darauf eingehen, dass Platz geschaffen werden kann, da die Studenten nur in der Meinhard-Schule Platz gefunden haben, da Leerstand vorhanden war. Er betont die tolle Synergie, wenn noch mehr Kinder in der Schule angesiedelt wären. Die Kinder könnten auch von den Räumlichkeiten, wie der Aula, dem Werkraum, etc. profitieren.

Gemeindevertreter Hasecke stellt den Antrag auf eine namentliche Abstimmung.

Gemeindevertreter Pippert kann den Frust Einzelner nachvollziehen, da nun schon seit sechs Jahren über dieses Thema diskutiert wird. Trotzdem sollte man sich nicht für ein Grundstück entscheiden, bei welchem viele Problematiken offen sind. Es wird einfach erzählt, dass sich beispielsweise das Verkehrsproblem ganz einfach lösen lässt. Man kann am Ziegelweg keinen Einbahnstraßenverkehr einführen, schon gar nicht im Bereich des „Helgenweges“, da dieser von beiden Seiten befahrbar sein muss. Herr Pippert kann sich nicht vorstellen, dass dies für eine öffentliche Zufahrt genehmigt wird, da es momentan so ist, dass auf diesem Weg nur Camper und landwirtschaftliche Fahrzeuge fahren dürfen. Daher wird Herr Pippert dagegen stimmen.

Vorsitzender Krannich lässt über den Antrag von Herrn Hasecke abstimmen diesen Punkt heute mit einer namentlichen Abstimmung durchzuführen.

Beschluss: 19 dafür, 1 Enthaltungen

Gemeindevertreter Menthe fragt an, ob man die Vertragsbedingungen einseitig beschließen kann. Seiner Meinung nach müsste auch der Verkäufer sein Einverständnis dazu geben. Da es heute Abend keine Äußerung diesbezüglich des Verkäufers gibt, sieht er die Vertragsbedingungen als nicht beschlussfähig an und wird dem Antrag nicht zustimmen.

Gemeindevertreter Pippert erläutert, dass man aufgrund der Rechtslage beschließen kann. Die Gemeindevertretung gibt mit diesem Beschluss dem Gemeindevorstand die Aufgabe so in die Vertragsverhandlungen zu gehen. Wie die Vertragspartner sich dazu äußern ist eine andere Frage.

Gemeindevertreter Jost sagt, dass dieser Antrag nur als A/B-Beschluss gefasst werden kann, da man verhandeln kann, aber das Ende bzw. die Entscheidung offen sein muss. Grundsätzlich sind die Vertragsbedingungen vorteilhaft für die Gemeinde Meinhard, aber es ist keine Bedingung des Vertrages, sondern ein Wunsch unsererseits, welcher verhandelt werden muss.

Gemeindevertreter Hasecke erklärt, dass es gerade nur um den Ergänzungsantrag der SPD geht und dass dieser eine gute Sache ist. Wir reden von Steuergeldern, die wir ausgeben und daher muss man auch sehen, ob man bei der Verkäuferseite etwas erreichen kann. Herr Hasecke spricht sich für die Bedingung/Verhandlung aus.

Vorsitzender Krannich lässt im A/B-Format über den Ergänzungsantrag der SPD und den grundsätzlichen TOP abstimmen.

A: Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand bei den Vertragsverhandlungen für den Grunderwerb im Ziegelweg in Grebendorf die notariellen Kaufverträge der Gemeinde Meinhard mit den jeweiligen Grundstückseigentümern so gestaltet, dass sie im Falle einer nicht möglichen Bebauung mit einem Kindergartengebäude hinfällig werden und somit rückabgewickelt werden müssen. Diese Vertragsklausel sollte für die Dauer von zwei Jahren ab der Beurkundung des Notares gelten. Zum Zeitpunkt der festgestellten Bebauungssicherheit einer Kindertagesstätte endet die Frist vorzeitig. Sollte der/die Verkäufer innerhalb dieses Zeitraumes ihre Grundstücke einem anderen Käufer veräußern können, haben auch sie die Möglichkeit die Klausel der Kaufvertragsrückabwicklung in Anspruch zu nehmen.

Beschluss: 9 dafür, 11 dagegen

B: Die Gemeindevertretung beschließt dem Kauf des Grundstückes Flur 13, Flurstück 34/1 (3000 qm) und Flur 13 Flurstück: 33/7 (3000 qm, Teilstück) im Ziegelweg für den Bau des neuen Kindergartens Grebendorf zu einem Kaufpreis in Höhe von insgesamt 300.000 € zuzustimmen. Da der Haushalt 2023 vom Regierungspräsidium Kassel bisher nicht genehmigt wurde, müssen zu bildende Haushaltsreste aus dem Haushaltsjahr 2021 (verfügbare 150.000 €) und aus dem Haushaltsjahr 2022 (verfügbare 258.151,25 €) als Ermächtigungsgrundlage verwendet werden.

Namentliche Abstimmung:

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
Michael Pack	Nein	Bernhard Mensing	Nein
Utta Laumann	Nein	Carl Christoph Jost	Ja
Gerhard Pippert	Nein	Timo Sauer	Ja

Erwin Roth	Ja	Ingo Krause	Ja
Uwe Beck	Nein	Christian Menthe	Ja
Rainer Klippert	Nein	Joachim Gruß	Ja
Silvia Volkmar	Nein	Niclas Krannich	Ja
Dirk Funke	Nein	Susanne Thomas	Ja
Guido Hasecke	Nein	Isabell Menthe	Ja
Georg Hottenrott	Ja	Frank Gimbel	Ja

Beschluss: 11 dafür, 9 dagegen

TOP 2

Zusammenlegung des HFA mit dem BUA, Änderung der Hauptsatzung

Gemeindevertreter Mensing berichtet aus der gemeinsamen Sitzung des HFA und des BUA wie folgt:

In der Vergangenheit gab es viele Diskussionen, welche parallel im HFA und im BUA geführt wurden. Daher wurde in der gemeinsamen Sitzung besprochen, die beiden Ausschüsse wieder zusammen zu legen, um Kosten und Zeit zu sparen. Es wurde folgender Beschlussvorschlag ausgearbeitet:

Die Gemeindevertretung beschließt die Zusammenlegung des HFA mit dem BUA. Weiterhin beschließt die Gemeindevertretung die Hauptsatzung der Gemeinde Meinhard dahingehend anzupassen und die dritte Änderung der Hauptsatzung zu verfassen.

Gemeindevertreter Pippert erklärt, dass dieser Antrag auch in der SPD-Fraktion beraten wurde. Die SPD sieht das Problem, dass gerade die kleineren Fraktionen ein Problem haben werden alle Ausschüsse entsprechend zu besetzen. Daher wird dem Antrag zugestimmt.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Zusammenlegung des HFA mit dem BUA. Weiterhin beschließt die Gemeindevertretung die Hauptsatzung der Gemeinde Meinhard dahingehend anzupassen und die dritte Änderung der Hauptsatzung zu verfassen.

Beschluss: 20 dafür

Vorsitzender Krannich weist darauf hin, dass es bei der Trennung der Ausschüsse eine Rückversicherung mit dem HSGB gab. In der konstituierenden Sitzung wurde sich darauf geeinigt, die Ausschüssen im Benennungsverfahren zu besetzen. Somit gilt dieses Benennungsverfahren bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

Vorsitzender Krannich bittet jede Fraktion darum bis zur nächsten Sitzung entsprechende Mitglieder zu benennen. Nach der nächsten Sitzung wird er dann zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einladen, in welcher dann ein/e Vorsitzende/r gewählt wird.

TOP 3

Antrag zur Prüfung eines Durchfahrverbotes für LKW in Frieda

Gemeindevertreter Pack verliest folgenden Antrag:

Die SPD Fraktion, beantragt, dass der Gemeindevorstand beauftragt werden soll ein Konzept zur Verkehrsberuhigung für die Ortsdurchfahrt Frieda zu erarbeiten und zwar auf folgender Basis - die Zufahrt für den LKW-Verkehr über die westliche Zufahrt durch den Ort soll nach § 45 Abs.1b Nr. 9 StVO mit einem Durchfahrverbot gekennzeichnet

werden (Info s.Seite 2) - Prüfung des Verkehrszeichen 253 mit Zusatzzeichen das Verbot auf 7,5t zu begrenzen und „Anlieger frei“ zu stellen (Heizöllieferanten, Möbelwagen, Speditionen, etc) - Die Einfahrt kann dann über die östliche Zufahrt über die Umleitung erfolgen.

Begründung: Die eingezeichneten Parkflächen innerhalb der Ortslage macht einen LKW-Verkehr mit Begegnungsverkehr schwierig u.U. sogar gefährlich. Im Besonderen, wenn die Kinder der Kita „Sonnenschein“ den Weg in Richtung Weinberghalle zum Sport gehen oder die Feuerwehr zu einem Einsatz rausfahren muss. Außerdem würde mit der vorgegebenen Umleitung eine Möglichkeit geschaffen, dass die Zufahrt, grad auch in Richtung Thüringen, über die östliche Einfahrt erfolgen kann und sollte. Wir in Meinhard Die erfahrungsgemäß wichtigste Wirkung bei überregionalen Verkehren ist, dass die Regelung die Straße für LKW-Navis sperrt, die ansonsten die kürzeste Route anzeigen. Und dabei fällt gerne mal eine Umgehungsstraße unter den Teppich – und das völlig ohne dass man den Fahrern einen Vorwurf machen kann. Die Straßenverkehrsbehörden melden in aller Regel solche Sperrungen der Polizei, die Wiederrum gibt sie im Normalfall an die Navi-Betreiber weiter.

Als Anmerkung möchte **Gemeindevertreter Pack** hinzufügen, dass wir für 6 Millionen Euro eine Umgehungsstraße in Frieda gebaut haben und diese sollte für den LKW-Verkehr auch genutzt werden.

Gemeindevertreter Gimbel bedankt sich für den Antrag und fragt, ob nicht auch der Ortsbeirat Frieda zu diesem Thema hinzugezogen werden soll. Er erklärt, dass es ja nicht um die zehn LKW geht, die täglich durch den Ort fahren, es geht um die 60.000 Fahrzeuge, die durch den Ort fahren. Der Ortsbeirat Frieda hat eine Geschwindigkeitsmessanlage gekauft und in der Goethestraße Höhe Friedola aufgehängt. Diese Anlage zählt die Fahrzeuge in beide Fahrrichtungen und misst Geschwindigkeiten in beide Richtungen. Im Zeitraum vom 07.04.-01.06.2023 wurden 74.000 ankommende Fahrzeuge gemessen, davon waren 460 schneller als 71 km/h. Abfahrende Fahrzeuge waren es 70.800, davon waren 1.500 schneller als 71 km/h und die gemessene Höchstgeschwindigkeit war am 08.05., abends um 20:00 Uhr und lag bei 148 km/h. Insgesamt sind das also ca. 148.000 Fahrzeuge, also LKW und Autos. Am Freitag den 11.05. waren es 3.355 Fahrzeuge, welche nur die Goethestraße in beide Richtungen gefahren sind. Am Montag den 22.05. waren es 2.924 Fahrzeuge, also täglich ca. 3.000 Fahrzeuge. Um eine Aussage treffen zu können, wie viele Fahrzeuge die Ortsdurchfahrt nutzen, wurde die Messtafel nun bei der Feuerwehr installiert. Die Auswertungen dafür werden voraussichtlich im August vorliegen. Ihr fordert nun ein Durchfahrtsverbot für LKW, aber man sollte vielmehr darüber nachdenken, wie die anderen Fahrzeuge zur Nutzung der Umgehungsstraße angetrieben werden können. **Gemeindevertreter Gimbel** schlägt vor eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten und dieses Thema an den HFBU zu überweisen.

Gemeindevertreter Hasecke erklärt, dass es in dem Antrag lediglich um eine Prüfung geht, es wird also nichts beschlossen. Mit diesem Antrag soll also eine Grundlage geschaffen werden, um diese Diskussionen zu führen. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt TOP 3 „Antrag zur Prüfung eines Durchfahrtsverbotes für LKW in Frieda“ in den HFBU unter Beteiligung des Ortsbeirates Frieda zu überweisen.

Beschluss: 20 dafür

TOP 4

Antrag zur Benennung von Grundstücken für Gewerbeflächen

Gemeindevertreter Pack verliest folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Gemeindevorstand sich zeitnah damit beschäftigen soll, dass wir unsere Gewerbegebiete in Meinhard ausweiten bzw. nach neuen Möglichkeiten zur Erschließung von Gewerbebeständen suchen.

Begründung: Wir werden in den kommenden Jahren viele größere und kleinere Investitionen tätigen müssen, die in den letzten Jahren geschoben wurden. Irgendwann holt einen der Investitionsstau eben ein. Um einer evtl. Erhöhung der Grundsteuern entgegenzuwirken, benötigen wir zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für unsere Gemeinde. Zusätzliche Gewerbeflächen werden uns die Möglichkeit geben, Investoren zu gewinnen und zusätzliche Geldmittel für die Gemeinde zu realisieren. Ja, das wird auch erst einmal Geld kosten. Dies werden aber Investitionen in die Zukunft der Gemeinde Meinhard sein.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand sich zeitnah damit beschäftigen soll, dass wir unsere Gewerbegebiete in Meinhard ausweiten bzw. nach neuen Möglichkeiten zur Erschließung von Gewerbebeständen suchen.

Beschluss: 19 dafür, 1 dagegen

TOP 5

Antrag zur Teilnahme am Förderprogramm des Bundes zum Klimawandel

Gemeindevertreter Pack verliest folgenden Antrag:

Im September 2022 wurde in einer Bürgermeisterdienstversammlung eine Kooperationsvereinbarung abgefragt, welche eine Beschlussfassung im Kreistag zur Folge hatte. Warum wir in der Gemeindevertretung hierzu nicht informiert wurden, können wir nur mutmaßen. Ob der Gemeindevorstand hiervon Kenntnis hat, können wir nicht sagen. Was wir aber wissen ist, dass wir, wenn wir schnell handeln, noch die Möglichkeit zur Teilnahme an diesem Programm bekommen. Dies wurde auf Nachfrage von unserer Landrätin bestätigt! Die Nachfrage wurde vom

Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Fraktion: Die Linke; Herr Andreas Heine, gestellt. Begründung: Das vorliegende Förderprogramm des Bundes beschäftigt sich mit den Auswirkungen des Klimawandels und Maßnahmen, die hierauf als Reaktion möglich sind. Das bedeutet, dass es hier zu unterscheiden gilt, zwischen einerseits dem Klimaschutz, also der Vermeidung einer weiteren nachteiligen Veränderung des Klimas und andererseits der Klimaanpassung, d.h. der Entwicklung von Konzepten und Maßnahmen, die auf die Veränderung des Klimas reagieren. Die Kommunen haben nun verschiedene Möglichkeiten. Zunächst steht die grundsätzliche Entscheidung zur Ergreifung von Maßnahmen in ihrem eigenen Ermessen. Sie ist also nicht verpflichtet, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen. Wenn sie dies aber tun will, so braucht es hierzu ein Konzept und die Erstellung eines solchen Konzeptes wird durch das o.a. Förderprogramm gefördert. Nun ist es sehr aufwendig, ein solches Konzept zu erstellen, was für die kleineren Kommunen also mit hohem Aufwand verbunden wäre. Daher schlägt der Kreis vor, diese Aufgabe gemeinsam anzugehen. Es würde eine zentrale Stelle beim Kreis eingerichtet, die dann für die einzelnen Kommunen ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Die Finanzierung erfolgt über das Förderprogramm, wobei der zu leistende Eigenanteil durch den Kreis getragen werden soll. Die Gemeinde hat den Aufwand für die Beteiligung und Bereitstellung erforderlicher Unterlagen zu tragen. Wenn wir schon eine Kostenübernahme in Aussicht gestellt bekommen, um unsere Klimaziele mit,

entsprechend auf unsere Gemeinde abgestimmte Konzepte, umgesetzt zu bekommen, dann sollten wir dies annehmen. Grad auch in Hinsicht auf unsere aktuelle finanzielle Situation.

Bürgermeister Brill erklärt, dass von den 16 Gemeinden und Städten im Werra-Meißner-Kreis vier nicht an diesem Projekt beteiligt sind. Es geht darum, dass beim Landkreis eine Stelle eingerichtet wird. Gerade die Stadt Hessisch Lichtenau hat damals auch betont, dass der Kreis keine Stelle einrichten muss und wir dann Daten liefern müssen, damit diese Stelle Arbeitsmaterial hat. In dem Antrag ist die Rede von 90% Förderung. Die Gemeinde Meinhard ist eine Klimakommune, das heißt, wir bekommen für Investitionen im Bereich Klimaschutz bereits 90% Zuschuss. Viel mehr an Förderungen können wir gar nicht mehr erhalten! Es wird weiterhin als Klimakommune gearbeitet und versucht die Projekte umzusetzen. Am Montag soll in der Gemeindevorstandssitzung eine Kommission zum Thema Klimaschutz gebildet werden, um dieses Thema zu analysieren und voranzutreiben.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung soll dem Gemeindevorstand empfehlen, die Kooperationsvereinbarung zur Entwicklung eines nachhaltigen Klimaanpassungskonzeptes für den Werra-Meißner-Kreis in der vorgelegten Form des Werra-Meißner-Kreises abzuschließen. Die entsprechenden Unterlagen sind einzufordern bzw. zu erarbeiten um einen kurzfristigen Beitritt zu ermöglichen.

Beschluss: 20 dafür

TOP 6

Antrag zur Prüfung der Bebauung des „Waldstadions“ in Grebendorf mit einem Kindergarten

Gemeindevertreter Pippert verliest folgenden Antrag:

Die SPD-Fraktion beantragt, dass der Gemeindevorstand prüfen soll, ob eine Bebaubarkeit für eine Kindertagesstätte auf dem Grundstück "Waldstadion" in Grebendorf möglich ist. Die Größe der Einrichtung soll dabei nicht vorgegeben werden, sondern Gegenstand der Prüfung sein.

Begründung: Wir werden in Zukunft vermehrt auf die Kosten achten müssen, wenn wir solch große Projekte angehen! Leider haben wir es in den letzten 6 Jahren versäumt, den Bau einer Kita in Meinhard schneller anzugehen, sondern haben immer wieder geschoben. Mittlerweile haben uns sowohl die nicht mehr in vollem Umfang möglichen Zuschüsse, als auch die Zinsentwicklung einen sehr großen Kostenfaktor beschert. Ja, wir haben hier noch einen Antrag, aber 4-6 Wochen zusätzlich, werden uns nicht wirklich behindern auf unserem Weg zu einer möglichst optimalen Lösung für den Kita Neubau.

Gemeindevertreter Menthe erklärt, dass er dem Gemeindevorstand nicht vorgreifen möchte, aber er ist der 2. Vorsitzende der Waldinteressenten und somit Miteigentümer des „Waldstadion“. Der Vorsitzende und er waren zu einer Beratung beim Notar Dr. Bergner in Eschwege. Dabei wurde auch angefragt, ob und wie die Waldgrundstücke verkauft werden können. Herr Bergner erklärte, dass die Waldinteressenten aufgrund einer fehlenden Satzung nur ein Grundstück verkaufen können, wenn alle Anteiler der Waldinteressenten damit einverstanden sind. Dies ist leider nicht möglich, da es Anteiler in den Unterlagen gibt, welche seit Jahrzehnten nicht mehr aufzufinden sind. Die Waldinteressenten haben große Probleme mit dieser Situation. Somit können auch die Grundstücke für die Wasserbehälter nicht verkauft werden. Herr Bergner wird dem Gemeindevorstand noch eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen.

Gemeindevertreter Hasecke sagt, dass grundsätzlich nichts gegen den Antrag stimmt und dieser vermutlich schnell abgelehnt wird. Man sollte nur den

Gemeindevorstand mit der Klärung dieser Angelegenheit beauftragen. Zumindest eine Prüfung sollte erfolgen, auch wenn der Kauf nicht abgewickelt werden kann. Die CDU wird dem Antrag zustimmen.

Gemeindevertreter Pack erklärt, dass der Antrag auch so gemeint war, dass lediglich geprüft werden soll. Wenn Herr Pack richtig informiert ist, haben die Waldinteressenten allerdings die Möglichkeit Grundstücke zu tauschen, statt zu verkaufen.

Gemeindevertreter Gruß bemerkt, dass die Möglichkeiten Tausch, Kauf, Pacht, etc. nicht funktionieren werden.

Gemeindevertreter Sauer erläutert, dass die ÜWG-Fraktion auch grundsätzlich gegen dieses Grundstück stimmt. Es ist zu abgelegen, zu nass, zu schattig und schwer zu erreichen. Der aktuelle Kindergarten ist bereits hoch am Berg angesiedelt und die Kindergärtner/innen sind vermutlich jetzt schon davon genervt die Kinderwagen dort hinauf zu schieben. Also sollte der neue Kindergarten nicht noch höher gebaut werden. Außerdem ist die Verkehrsanbindung sehr schlecht und das Grundstück ist von Wald bzw. Bäumen umgeben. Es gibt immer mehr Stürme, bei denen diese Bäume auf den neuen Kindergarten fallen könnten. Die ÜWG lehnt den Antrag grundsätzlich ab.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand prüfen soll, ob eine Bebaubarkeit für eine Kindertagesstätte auf dem Grundstück "Waldstadion" in Grebendorf möglich ist. Die Größe der Einrichtung soll dabei nicht vorgegeben werden, sondern Gegenstand der Prüfung sein.

Beschluss: 9 dafür, 10 dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7

Antrag zur Prüfung der Erweiterung des Kindergartens Frieda

Gemeindevertreter Hasecke weist darauf hin, dass dieses Thema trotz des vorab gefassten Beschlusses geprüft werden muss. Sollte die Bebauung im Ziegelweg nicht durchgeführt werden können, müssen wir schnell handeln können und eine Alternative zu haben.

Gemeindevertreter Hasecke verliest folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand soll überprüfen, ob der Kindergarten Frieda um eine bzw. zwei Gruppen erweitert werden kann. Das angrenzende Baugrundstück Kantstraße 20 soll bei Bedarf mit einbezogen werden. Es soll überschlägig geprüft werden welche Baukosten entstehen und in welchem Zeitraum es realisierbar wäre. Hierbei soll auch, als Alternative, die vom Bürgermeister genannte Modulbauweise, als Möglichkeit einbezogen werden.

Begründung: Meinhard benötigt eilig weitere Kindergartenplätze. Für uns als CDU sind zwei Dinge wichtig: Erstens der sinnvolle Umgang mit Steuergeldern, um Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger in Meinhard zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten. Wie erreichen wir das? Es sollten Flächen betrachtet werden, die sich bereits im Gemeindebesitz befinden. Gemäß Antrag aktuell die verfügbare Flächen Kindergarten Frieda. Auch der noch freie Bauplatz, der an den Kindergarten grenzt (Frieda Kantstraße 20), könnte bei Bedarf genutzt werden. Zweitens müssen wir schnell den aktuellen Anfragen nach Kindergartenplätzen der Familien gerecht werden. Wie erreichen wir das? Das Grundstück ist erschlossen und sofort bebaubar. Erschließung oder neue Bebauungspläne und weiter Verfahren fallen weg, es könnte also viel Zeit eingespart werden. Auch die vom BGM bereits genannte Modulbauweise wäre eine sehr schnell realisierbare Möglichkeit. Beim Vorschlag „Bernstal“ wurde die Nähe zu einem bereits gebauten Kindergarten, als ein wesentlicher Vorteil mit den daraus resultierenden Synergien hervorgehoben. Die größtmögliche Synergie erhält man, wenn man an einen bestehenden Kindergarten

anbaut, auch dies wäre ein weiterer großer Vorteil der Erweiterung des Kindergartens in Frieda.

Gemeindevertreter Sauer sagt, dass wir das Grundstück im Ziegelweg wahrscheinlich kaufen werden. Er denkt damit ist der Werra-Meißner-Kreis etwas besänftigt und wir haben keinen Zeitdruck mehr mit unseren Übergangsgruppen. Die ÜWG stimmt dem Antrag zu, da es sich um eine Prüfung handelt.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand überprüfen soll, ob der Kindergarten Frieda um eine bzw. zwei Gruppen erweitert werden kann. Das angrenzende Baugrundstück Kantstraße 20 soll bei Bedarf mit einbezogen werden. Es soll überschlägig geprüft werden welche Baukosten entstehen und in welchem Zeitraum es realisierbar wäre. Hierbei soll auch, als Alternative, die vom Bürgermeister genannte Modulbauweise, als Möglichkeit einbezogen werden.

Beschluss: 20 dafür

TOP 8

Antrag zur Prüfung der Erweiterung des Kindergartens Schwebda

Gemeindevertreter Hasecke verliest folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand soll überprüfen ob der Kindergarten Schwebda um eine bzw. zwei Gruppen erweitert werden kann. Es soll überschlägig geprüft werden welche Kosten entstehen würden. Hierbei soll auch, als Alternative, die vom Bürgermeister genannte Modulbauweise, als Möglichkeit berechnet werden. Es soll auch geprüft werden in welchem Zeitraum es realisierbar wäre. Geprüft werden soll auch, ob das neben dem Kindergarten liegende Grundstück genutzt werden könnte. Der Eigentümer des Grundstücks ist zu befragen, ob ein Teilstück für den Kindergartenausbau zur Verfügung gestellt werden könnte.

Begründung: Meinhard benötigt eilig weitere Kindergartenplätze. Herr Hasecke verweist auf die Begründung unter TOP 7, da diese eigentlich die Gleiche ist.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand überprüfen soll, ob der Kindergarten Schwebda um eine bzw. zwei Gruppen erweitert werden kann. Es soll überschlägig geprüft werden welche Kosten entstehen würden. Hierbei soll auch, als Alternative, die vom Bürgermeister genannte Modulbauweise, als Möglichkeit berechnet werden. Es soll auch geprüft werden in welchem Zeitraum es realisierbar wäre. Geprüft werden soll auch, ob das neben dem Kindergarten liegende Grundstück genutzt werden könnte. Der Eigentümer des Grundstücks ist zu befragen, ob ein Teilstück für den Kindergartenausbau zur Verfügung gestellt werden könnte.

Beschluss: 10 dafür, 10 dagegen

TOP 9

Antrag zur Prüfung die Meinhard-Schule als Kita-Standort zu nutzen

Gemeindevertreter Hasecke verliest folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand soll bei den dafür zuständigen Stellen nachfragen, ob es grundsätzlich möglich ist einen Kindergarten im Gebäude der Meinhard-Schule zu integrieren. Dabei soll auch auf die zu erwartende hohe Einsparung von Steuergeldern für die Gemeinde und somit den Kreis und das Land hingewiesen werden. Auch auf die Synergien Vorschule Kindergarten zur Grundschule soll bei der Anfrage hingewiesen werden. Es soll von vier Kindergartengruppen ausgegangen werden.

Begründung: Meinhard benötigt eilig weitere Kindergartenplätze. Die zentral gelegene Meinhard-Schule müsste aktuell ausreichend Platz haben. Das Schulgebäude ist außen bereits vollständig energetisch saniert. Die gesamten Baukosten würden sich also auf den inneren Umbau konzentrieren, ob man dann mit der Förderungssumme als Baukosten hinkommen würde muss ein Planungsbüro prüfen. Die Chancen stehen hierfür jedoch besser als bei jedem Neubau. Natürlich müsste dann auch das Außengelände angepasst werden, vielleicht kann das aber ehrenamtlich mit Unterstützung von hiesigen Bauunternehmen in Angriff genommen werden. Auch das benachbarte Grundstück der Bahn könnte evtl. später für die Schule und Kindergarten genutzt werden. Es geht nicht nur um die wahrscheinlich hohe Kosteneinsparung für die Gemeinde. Es ist ein schöner Gedanke, wenn man an die Kinder denkt, die die vielen Möglichkeiten der Schule nutzen könnten, wie z.B. die Aula. Jeder der die Meinhard-Schule vielleicht von früher kennt weiß, die Schule hat viel zu bieten. Wenn man durch diese Maßnahme dann auch den Standort der Meinhard-Schule langfristig sichern kann, wäre dies ein weiterer Gewinn für unsere Gemeinde. Kindergarten gemeinsam mit Grundschule in einem Gebäude, dies ist kein neues Konzept, denn in Hessen ist sowas bereits mehrfach erfolgreich umgesetzt worden. Auch der Werra-Meißner-Kreis dürfte daran interessiert sein, wenn wir als Gemeinde und als Teil des Kreises Kosten einsparen. Schulden in Meinhard sind auch Schulden im Kreis. Auch die extrem schlechte CO2 Bilanz, die mit jedem Neubau verbunden ist sollte man hierbei nicht außer Acht lassen. Zumindest wenn man die Möglichkeit hat diese einzusparen. **Gemeindevertreter Hasecke** fügt hinzu, dass man bedenken muss, die Meinhard-Schule ist mit Studenten besetzt, weil es dort Leerstand gab. In den Gebäuden der Meinhard-Schule ist also ein großes Platzangebot. Eventuell könnten die Studenten auch in anderen Räumlichkeiten untergebracht werden. Bisher wurde berichtet, dass die Direktorin und die Landrätin ausgesagt haben, es sei kein Platz in der Meinhard-Schule, um einen Kindergarten dort zu integrieren. **Gemeindevertreter Hasecke** fragt sich dabei, ob diese Personen überhaupt zuständig ist. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Landrätin allein entscheiden kann, dass kein Kindergarten in die Schule integriert wird oder ob dabei andere Stellen zuständig sind. Bei diesem Thema geht es um Einsparungen, vor allem um Zeiteinsparungen.

Gemeindevertreter Sauer erklärt, dass er davon ausgeht, dass die Landrätin vor ihrer Stellungnahme bei ihren Fachabteilung angefragt hat. Außerdem sagt er, dass seine Kinder auch in die Meinhard-Schule gehen. Ja, früher gab es dort nur die Hauptschule und es war genug Platz, jedoch gibt es heute zusätzlich eine Betreuung. Er denkt ebenso, dass in der Schule kein Platz für Kindergartengruppen ist.

Bürgermeister Brill erläutert, dass die Verwaltung jeden Antrag bearbeiten wird. Zur Meinhard-Schule muss er allerdings sagen, wenn die Landrätin für ihre Gebäude nicht zuständig ist, wer sonst? Die Landrätin ist Träger der Schule und bestimmt, ob dort Platz ist oder nicht. Die Landrätin sagt, alle Räume sind belegt und Bürgermeister Brill weigert sich die Studenten einfach umzusetzen. Wir können froh sein, dass die Studenten ihr Referendariat bei uns in Meinhard machen. Trotzdem werden wir alle Anträge prüfen!

Gemeindevertreter Hasecke betont, dass es bei diesen Anträgen doch um Informationen geht und das genau das Richtige ist. Wenn wir einmal alle Möglichkeiten geprüft haben, ist alles in Ordnung. Die Informationen über die Anträge wurden alle bereits ausgearbeitet, müssten also nur noch aktualisiert werden.

Gemeindevertreter Jost erklärt erneut, dass es bereits eine Stellungnahme der Landrätin gibt und dass diese auch zuständig ist, steht nicht außer Frage. Vorhin wurde entschieden ein Grundstück zu kaufen und nun werden wieder neue Themen diskutiert.

Gemeindevertreter Hasecke stimmt Herrn Jost zu. Ja es wurde beschlossen ein Grundstück zu kaufen, aber die Anträge dienen lediglich, um Klarheit zu schaffen.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand soll bei den dafür zuständigen Stellen nachfragen, ob es grundsätzlich möglich ist einen Kindergarten im Gebäude der Meinhard-Schule zu integrieren. Dabei soll auch auf die zu erwartende hohe Einsparung von Steuergeldern für die Gemeinde und somit den Kreis und das Land hingewiesen werden. Auch auf die Synergien Vorschule Kindergarten zur Grundschule soll bei der Anfrage hingewiesen werden. Es soll von vier Kindergartengruppen ausgegangen werden.

Beschluss: 10 dafür, 10 dagegen

TOP 10

Antrag zu den Auswirkungen/Belastungen der Gemeinde/des Haushalts durch einen Kita-Neubau

Gemeindevertreter Hasecke verliest folgenden Antrag:

Der Gemeindevorstand soll prüfen wie eine Finanzierung darstellbar ist. Auf welchen Wert man die Grundsteuer erhöhen müsste und über welchen Zeitraum dies die Gemeinde belasten würde. Es soll hierbei mit einem Kindergartenneubau 6 Gruppen mit Kosten von 8.000.000€ gerechnet werden. Zur Berechnung sollen die Haushaltsdaten der Gemeinde von 2022 genutzt werden. Bei der Berechnung soll die im Moment gültige Förderung in Abzug gebauht werden. Die Finanzierung soll mit dem zur Zeit gültigen Zins berechnet werden. Grundlage soll die aktuell gültige Grundsteuer sein.

Begründung: Wir müssen davon ausgehen, dass aktuell die reinen Baukosten je Gruppe mindestens 1.000.000€ betragen werden. Weitere Kosten für Grundstück, Planung, Erschließung, Parkplätze etc. müssen berücksichtigt werden. Überschlägig können wir von 8.000.000,00 € ausgehen. Wir wissen nicht, wie sich diese hohen Baukosten bzw. die Finanzierung auf die Grundsteuer auswirken werden. Der Informationsantrag der CDU zielt darauf ab hier Klarheit zu schaffen. Was auf die Gemeinde und letztendlich auf jeden Haushalt in Meinhard zukommen würde bei einem Neubau eines Kindergartens wie vom Gemeindevorstand gefordert. Da man Werte benötigt umso eine Berechnung durchzuführen soll das Haushaltsjahr 2022 als Grundlage genommen werden.

Gemeindevertreter Menthe stellt im Namen der ÜWG einen Erweiterungsantrag.

Wenn der Gemeindevorstand beauftragt wird die Finanzierung des Kindergarten-Neubaus auf Grundlage des Haushalts 2022 auf die künftige Grundsteuer darzustellen, sollten wir auch die Investitionen in die Gerätehäuser Frieda und Schwebda, sowie die Anschaffung der Fahrzeuge für die Feuerwehren in Meinhard mitberücksichtigen. Dies sind in Summe auch mehrere Millionen Euro. Er formuliert folgenden Antrag:

Die Kosten des Kindergarten-Neubaus sollen aufgeteilt werden auf

- a) vier Gruppen mit 4 Millionen Euro
- b) sechs Gruppen mit 6 Millionen Euro,

sowie die Kosten der Gerätehäuser Frieda und Schwebda und die Kosten er anzuschaffenden Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Meinhard sollen auch in die Berechnung mit einfließen.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Kosten des Kindergarten-Neubaus sollen aufgeteilt werden auf

- a) vier Gruppen mit 4 Millionen Euro
- b) sechs Gruppen mit 6 Millionen Euro,

sowie die Kosten der Gerätehäuser Frieda und Schwebda und die Kosten er anzuschaffenden Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Meinhard sollen auch in die Berechnung mit einfließen.

Beschluss: 19 dafür, 1 Enthaltung

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Der Gemeindevorstand soll prüfen wie eine Finanzierung darstellbar ist. Auf welchen Wert man die Grundsteuer erhöhen müsste und über welchen Zeitraum dies die Gemeinde belasten würde. Es soll hierbei mit einem Kindergartenneubau 6 Gruppen mit Kosten von 8.000.000€ gerechnet werden. Zur Berechnung sollen die Haushaltsdaten der Gemeinde von 2022 genutzt werden. Bei der Berechnung soll die im Moment gültige Förderung in Abzug gebauht werden. Die Finanzierung soll mit dem zur Zeit gültigen Zins berechnet werden. Grundlage soll die aktuell gültige Grundsteuer sein.

Beschluss: 20 dafür

Vorsitzender Krannich unterbricht die Sitzung um 21:18 Uhr für eine kurze Pause. Die Sitzung beginnt wieder um 21:27 Uhr.

TOP 11

Antrag zur Errichtung eines Livestreams zur Übertragung der Gemeindevertretersitzungen

Gemeindevertreter Hasecke verliest folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag: Die Gemeindevertretung beschließt künftig die Sitzung der Gemeindevertretung live im Internet zu übertragen. Der Gemeindevorstand wird beauftragt die Voraussetzungen für die Übertragungen des öffentlichen Teils von Gemeindevertretersitzungen via Livestream zu realisieren.

Begründung: Bürgerbeteiligung erfordert Transparenz. Nur wenn sich die Bürger ausreichend und einfach informieren können, können sie vernünftige Entscheidungen treffen. Deshalb fordern wir einen Online-Livestream der Gemeindevertretersitzung der Gemeinde Meinhard einzuführen. Dieser Livestream ermöglicht es jedermann einfach und unkompliziert die aktuellen kommunalpolitischen Debatten zu verfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, möglichst einfach, unkompliziert und barrierefrei die Entscheidungen der Gemeindevertretung verfolgen zu können. Die rechtliche Grundlage wurde bereits mit unserer gültigen Geschäftsordnung geschaffen: *§ 19 Sitzungsordnung, Sitzungsdauer und Film- und Tonaufzeichnungen (3) Eine Internetübertragung (sog. Live- oder Internet-Streaming) im Rahmen des Internetauftritts der Gemeinde unter www.meinhard.de ist nur zulässig, wenn die Gemeindevertretung dies beschließt. Dieses gilt nur für die Sitzung der Gemeindevertretung, nicht jedoch für die Ausschüsse/Ortsbeiräte/Beiräte/. Auch in der Hauptsatzung § 8 Film- und Tonaufnahmen In öffentlichen Sitzungen der/des Gemeindevertretung/Ausschüsse/Ortsbeiräte/Ausländerbeirats sind Film- und Tonaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung oder der Übertragung im Internet zulässig. Die Film- und Tonaufnahmen sind der oder dem Vorsitzenden vor Beginn der Sitzung anzuzeigen. Die Medienvertreterin oder der Medienvertreter hat auf Verlangen der oder des Vorsitzenden einen Nachweis über ihre oder seine Berechtigung zu führen.*

Gemeindevertreter Hasecke erläutert, dass er diesen Antrag nicht mit hohen Kosten umsetzen will, sondern dass es auch mit wenig Aufwand möglich ist, einen solchen

Livestream umzusetzen. Er möchte den Antrag stellen dieses Thema in der HFBUA zu überweisen.

Gemeindevertreter Jost unterstützt dieses Vorhaben grundsätzlich, da die FDP für Digitalisierung steht. Es ist wichtig über die Umsetzung zu sprechen und eine geeignete Lösung finden.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Der Antrag zur Errichtung eines Livestreams zur Übertragung der Gemeindevertretersitzungen wird in den HFBUA überwiesen.

Beschluss: 20 dafür

TOP 12

Anfrage zur Änderung der Parksituation für die Feuerwehr Frieda

Bürgermeister Brill berichtet wie folgt:

Der Außenbereich für die Feuerwehr Frieda konnte noch nicht gestaltet werden. Der Schwerpunkt wurde auf den Innenbereich gelegt, welcher nun kurz vor der Fertigstellung ist. Der Außenbereich ist noch in der Planungsphase, aufgrund eines direkten Zusammenhanges mit der Sanierung des Mühlbachgrabens und der Herrichtung des Parkplatzes gegenüber der Weinberghalle. Sobald die statische Prüfung des Mühlbachgrabens abgeschlossen ist, werden wir den Mühlbachgraben sanieren müssen und auch die Parkfläche dort anlegen. Außerdem werden dann auch die Parkflächen vor dem Feuerwehrhaus hergerichtet. Wie lange es dauern wird weiß Bürgermeister Brill nicht, jedoch weiß er, dass wir den Feuerwehrhaus-Neubau fünf Jahre lang durchgezogen haben. Das angepeilte Ziel, dass wir 1,2 Millionen Euro nicht überschreiten, werden wir so auch erreichen. Wir sind nun bei rund 1,1 Millionen Euro. Wenn die Kameraden/innen aus Frieda nicht so viele ehrenamtliche Stunden geleistet hätten, hätten wir dieses Ziel nicht erreicht. Die Kosten, die für die Außengestaltung anfallen werden, reichen aus, um unser Ziel mit 1,2 Millionen Euro nicht zu überschreiten. Bis die Baumaßnahme durchgeführt, wird es eine Beschilderung der Feuerwehreinfaahrt geben, wobei rechts und links grundsätzliches Parkverbot gilt und nur Einsatzkräfte dort parken dürfen.

Gemeindevertreter Pippert geht darauf ein, dass der Bau der Außenanlage noch dauern wird, weil der Graben noch geprüft werden soll. Er findet es unverantwortlich gegenüber den Einsatzkräften, welche bei einem Einsatz über diese Schotterfläche laufen müssen. Die Schotterfläche stellt eine Unfallgefahr dar. Man sollte den Feuerwehrparkplatz der Bachsanierung und dem gegenüberliegenden Parkplatz vorziehen.

Gemeindevertreter Gimbel spricht ein größeres Problem an, das Feuerwehrhaus hat noch keinen richtigen Stromanschluss. Es liegt lediglich eine Leitung aus der Weinberghalle dort. Es ist wichtiger erst einen Hauptstromanschluss einzurichten, damit das Gerätehaus vollständig genutzt werden kann.

Gemeindevertreter Pippert weist darauf hin, dass Bürgermeister Brill in einer anderen Sitzung berichtet hat, es wäre ein ordnungsgemäßer Stromanschluss vorhanden. Der Hauptanschluss muss dringend eingerichtet werden.

Bürgermeister Brill bestätigt, dass der Hauptanschluss noch fehlt, aber er will dem Wehrführer, Herrn Dittmann, nicht bei seiner Planung stören. Er kümmert sich um die Legung einer Hauptleitung.

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 13

Kooperationsvertrag mit Deutscher Glasfaserunion

Vorsitzender Krannich verweist auf das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des HFA und des BUA. Das Protokoll ist allen bekannt, daher gibt es keinen erneuten Bericht.

Gemeindevertreter Pack stellt im Namen der SPD-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

Der Gemeindevorstand soll sich bei den Vertragsverhandlungen mit der Deutschen Glasfaserunion der Wichtigkeit der Anschlüsse der Höhengemeinden bewusst sein. In den Vertragsunterlagen soll daher aufgenommen werden, dass die Höhengemeinden erstrangig angeschlossen werden sollen. Falls dies nicht möglich ist, soll der Vermerk aufgenommen werden, dass die Höhengemeinden an das Glasfasernetz angeschlossen werden sollen, ohne Ausnahme einzelner Orte.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der Gemeindevorstand sich bei den Vertragsverhandlungen mit der Deutschen Glasfaserunion der Wichtigkeit für die Anschlüsse der Höhengemeinden bewusst ist. In den Vertragsunterlagen soll daher aufgenommen werden, dass die Höhengemeinden erstrangig angeschlossen werden sollen. Falls dies nicht möglich ist, soll der Vermerk aufgenommen werden, dass die Höhengemeinden an das Glasfasernetz angeschlossen werden sollen, ohne Ausnahme einzelner Orte. Die Gemeindevertretung beschließt, dass die Gemeinde Meinhard den Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaserunion zur Verlegung von Glasfaserkabeln in Meinhard abschließt.

Beschluss: 20 dafür

TOP 14

Annahme des Zuwendungsbescheides Rettungsboot Feuerwehr Schwebda

Bürgermeister Brill berichtet wie folgt:

Der Zuwendungsbescheid für ein neues Rettungsboot für die Feuerwehr Meinhard liegt vor. Er führt einige Informationen hierzu auf:

Für Rettungsboote der Feuerwehr sind die Vorgaben aus der DIN 14961 „Boote für die Feuerwehr“ einzuhalten!

- Das Rettungsboot Typ 1 (RTB 1) ist nur für stehende Gewässer geeignet und besitzt als Antrieb lediglich Paddel!
- Für fließende Gewässer dient das Rettungsboot Typ 2 (RTB 2), das mit einem Motor ausgestattet sein muss.
- Zur Norm gehören auch die etwas größeren Mehrzweckboote (MZB), die zusätzlich zum Transport von Personen und für technischen Hilfeleistungen geeignet sind.

Er erzählt etwas zur Zeitgeschichte:

- 1997 Indienststellung bei der Landesfeuerwehrschule in Kassel in Dienst gestellt.
- 2015 hat die Gemeinde Meinhard das Boot von der Schule übernommen.
- 2015 bis 2023 insgesamt 38 Einsätzen – Wasserrettung, Personensuche im Wasser,
- Mängelliste: Leckagen im Bootskörper, Außenborder geht nur bei Vollgas auf die Schraube.
- 150 Hektar Seefläche – Meinhardsee + Werratalsee + Vielzahl an Seen < 50 Hektar
- 13,5 Flusskilometer der Werra

- Entsprechende Mittel zur Neubeschaffung wurden im Investitionsplan 2023 zum Ansatz gebracht und von der Gemeindevertretung genehmigt.
- Beschlussvorschlag: Die Gemeindevertretung stimmt der Annahme des Zuwendungsbescheides zu!

Er verliest eine Stellungnahme von Kreisbrandinspektor Sasse vom 27. 01. 2023

...Dies vorangestellt teile ich Ihre Auffassung sowie die Auffassung Ihres aktuellen Bedarfs- und Entwicklungsplanes, worin zur Sicherstellung bei Gefahren auf Gewässern von der Gefährdungsstufe W2 der Feuerwehr-Organisationsverordnung (FwOV) ausgegangen wird. Hiernach ist die Vorhaltung eines Rettungsbootes (RTB 1 oder RTB 2) durch die Kommune zwingend nötig und zweckmäßig. Kompensationsmaßnahmen (bspw. durch die Feuerwehren Eschwege, Wanfried oder die DLRG) würden unseres Erachtens nicht die in der FwOV vorgegebene Zeitspanne von Alarmierung bis zum Einsatz des Einsatzmittels erreichen können.

Wasserrettung, Personensuche, Hochwassereinsätze, Leichenbergung, Technische Hilfe: Ölsperren anlegen etc., Eisrettung

Gemeindevertreter Krause geht auf die Aussage des Kreisbrandinspektors ein. Diese sagt prinzipiell aus, dass ein RTB 1 vollkommen ausreichend wäre. Er fragt, ob dies geprüft wurde und schlägt vor, ein solches Boot mit einem Motor nachträglich auszustatten.

Bürgermeister Brill erklärt, dass das RTB 1 nur einen Zuschuss ohne Motor erhalten würde. Das RTB 2 hingegen wird mit einem Motor bezuschusst. Wir haben zum aktuellen Zeitpunkt auch ein RTB 2 und das Neue wird überall einsetzbar sein.

Gemeindevertreter Sauer bemerkt, dass es laut Fachpersonen bessere Alternativen gibt, als das RTB 2.

Bürgermeister Brill sagt, wenn die Feuerwehrleute aus Schwebda ein RTB 2 haben wollen, dann sind das auch die Fachkräfte, welche wissen, was sie brauchen.

Gemeindevertreter Hasecke sagt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmt.

Vorsitzender Krannich verliest folgenden Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Zuwendungsbescheid für das Rettungsboot 2 für die Freiwillige Feuerwehr Meinhard anzunehmen.

Beschluss: 14 dafür, 1 dagegen, 5 Enthaltungen

TOP 15

Bericht gem. § 28 der hess. GemHVO

Bürgermeister Brill berichtet wie folgt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen – sehr geehrter Herr Vorsitzender – sehr geehrte Damen und Herren!

Zuletzt habe ich zum Haushaltsvollzug 2023 in der Sitzung der Gemeindevertretung am 05. Mai 2023 dazu berichtet.

Gemäß § 99 HGO befindet sich die Gemeinde in der vorläufigen Haushaltsführung. Geplant hatten wir im Haushalt insgesamt 11,5 Mio. € an Erträgen. Bis Ende Mai konnten wir rund 4,5 Mio. € der Erträge buchen. Wenn wir die Einnahmen linear auf der Zeitschiene betrachten, hätten wir zum Ende Mai rund 41 % der Einnahmen verbuchen können, tatsächlich sind es 40 %. Zur Ausgabenseite: Geplant sind im Haushalt 2023 insgesamt rd. 12,4 Mio. €. Bis zum Ende Mai haben wir 4 Mio. € der Ausgaben getätigt und liegen somit rund 1 Mio. € unter den geplanten Ausgaben bis Ende Mai. Geplant haben wir für 2023 ein Defizit von 1,2 Mio. €. Wenn der eben geschilderte Trend sich fortsetzt, hoffe ich, das sich dieses Defizit am Ende des Jahres nicht einsetzt.

Danke für die Aufmerksamkeit!“

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 16

Bericht zum Vollzug von Investitionen

Vorsitzender Krannich erteilt Herrn **Bürgermeister Brill** das Wort. **Herr Bürgermeister Brill** berichtet wie folgt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen – sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Gäste!

Bei den Investitionen ist es so wie bei dem Vollzug des Haushaltes. Investitionen, welche im Haushaltsjahr 2022 begonnen und genehmigt worden sind, werden ohne Unterbrechung im neuen Haushaltsjahr fortgesetzt!

1.) Jugendraum Grebendorf – Projekt der Dorfentwicklung

Bis auf ein paar Finish-Arbeiten sind wir fertig. Nächste Woche werden die Terrassenplatten wieder verlegt. Gott sei Dank haben sich die befürchteten undichten Stellen des Flachdaches über dem Jugendraum nur bis auf ein paar Dacheinläufe konzentriert. Die Platten werden aller Wahrscheinlichkeit nächste Woche wieder neu verlegt. Mit der Sanierung haben wir auch gleich die Barrierefreiheit des Zuganges hergestellt – das ist die Stelle wo sonst immer die Alu Rampe gelegen hat. Der neu geschaffene Vereinsraum im Bürgerhaus ist noch Baustelle. Hier fehlt noch eine statische Berechnung für einen Türdurchbruch.

2.) Hitzelrode – DE und KIP Projekte

Die Arbeiten zur Sanierung der Sanitäreanlage des DGH nähern sich dem Ende. Die Fliesenarbeiten sind fertig – die Trennwände im WC Bereich waren vergessen worden – sind aber nun im Anmarsch. Die Interessengemeinschaft der Freizeitanlage Hitzelrode hat die gesamte Anlage auf Vordermann gebracht – ihr erinnert Euch, dass wir mit dem Aufbau eines neuen Sanitärcontainers begonnen haben. Das alte Sanitärgebäude war keine gute Visitenkarte für unsere Gemeinde. Die jungen Männer der Interessengemeinschaft haben dort oben über 2 Jahre fast 1.000 Stunden ehrenamtlich in ihrer Freizeit gearbeitet – Herr Ortsvorsteher Roth richten Sie den Dank aus. Und noch eins, liebe Kolleginnen und Kollegen – die Wassertretstelle ist in Betrieb und kann nach alter Kneipp Art genutzt werden. Erwin Roth hat sie nach dem Winter sauber gemacht, neu gestrichen und gestern das Wasser eingelassen.

3.) Feuerwehr Frieda

Das neue Feuerwehrauto Frieda -ein HLF 10- hat am 15. Mai im neuen Feuerwehrhaus Frieda seinen Standort bezogen. Das Fahrzeug stammt aus einer Beschaffungsaktion des Landes Hessen. – 30 Fahrzeuge hatte das Land beschafft - 29 Fahrzeuge waren schon vergeben und wir haben dann kurzerhand das 30ste bekommen. Letztendlich bleiben bei der Gemeinde 115.185 Euro hängen. Das Fahrzeug kostet in Gänze 225.761 €.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!“

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 17

Bericht nach § 66 der Hessischen Gemeindeordnung

Vorsitzender Krannich erteilt **Herrn Bürgermeister Brill** das Wort. **Herr Bürgermeister Brill** berichtet wie folgt:

„Holzverkauf der Gemeinde Meinhard

In einer der letzten Sitzungen des Gemeindevorstandes waren Nils Glahn, welcher die Holzvermarktung aus dem Gemeindewald für uns durchführt, und Dietrich Bräuer vom Forstamt Wehretal, zu Gast. Die Preise für Holz sind um bis zu 30 % gestiegen. Große Mengen des europäischen Holzes werden nach wie vor nach China verkauft. Der Einschlag bei uns im Gemeindewald wurde für das Jahr 2022/2023 mit rund 250 Festmetern geplant. Herr Glahn wechselte beruflich zur Forstwirtschaftlichen Vereinigung Nordthüringen, kurz FWV, weshalb er uns empfohlen hat, die Vermarktung künftig von der FWV vornehmen zu lassen und den Vertrag mit ihm zu beenden. Auch andere Kommunen aus dem Werra-Meißner-Kreis sind bereits zur FWV gewechselt.

Herr Bräuer erklärte uns, dass das Forstamt Meinhard nach wie vor gut ausgelastet ist und weitere Flächen des Staatsforstes zugewiesen bekommen hat. Auf meine Nachfrage hin gab er an, dass das Land nach wie vor Interesse hat, Waldflächen, auch aus Meinhard, anzukaufen. Die Preise liegen je nach Bestand bei ca. 1 € pro Quadratmeter. Er wird der Gemeinde mal ein entsprechendes Angebot zukommen lassen. Er hat uns aber auch darauf hingewiesen, dass wir durch entsprechende Förderprogramme Geld für unseren Wald generieren können und der Wald ein unheimlicher Mehrwert für unsere Gemeinde ist. Wir sollten den Verkauf unseres Waldes daher gut überdenken.

Der Gemeindevorstand wird zu beiden Themen noch ausführlich beraten.

Grünflächenpflege in Meinhard

Das Gras wächst, das Unkraut sprießt. Es gehen vermehrt Beschwerden über unsere Grünflächenpflege bei mir ein. Der Bauhof kommt einfach nicht hinterher. Vom Gemeindevorstand soll daher ein Konzept entwickelt werden, wie künftig damit umgegangen werden soll. Und so kamen Blühwiesen ins Gespräch. Die Überlegungen gehen dahin, vereinzelt Blühwiesen in den Ortsteilen anzulegen, um nicht ständig Rasenmähen zu müssen. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass eine ganze Stelle im Bauhof weggefallen und nicht wieder neu besetzt wurde. Im Gemeindevorstand wurde bereits ausführlich diskutiert und sich Gedanken gemacht. Auch die Ortsbeiräte sollen zu dem Thema mit ins Boot geholt werden. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

Besondere Wahlleiterin der Gemeinde Meinhard

Kraft meines Amtes bin ich in Meinhard Wahlleiter und müsste daher auch die Wahlen durchführen. Um Kommunalwahlen in Meinhard durchführen zu können, ist es daher von Nöten, wenn ich die Arbeit nicht selbst machen möchte, einen Besonderen Wahlleiter oder eine Besondere Wahlleiterin für die Gemeinde Meinhard zu berufen, welcher oder welche, die Wahlen durchführt. In der Vergangenheit war Herr Mai der Besondere Wahlleiter der Gemeinde Meinhard und Frau Flügel seine Stellvertretung. Nun soll Frau Fischer dieses Amt übernehmen und wurde vom Gemeindevorstand zur Besonderen Wahlleiterin der Gemeinde Meinhard ernannt. Auch die bevorstehende Landtagswahl wird von Frau Fischer organisiert.

Haushaltsgenehmigung des Haushalts 2023

Frau Schönberg und ich hatten zum Thema Haushaltsgenehmigung ein Gespräch mit dem Regierungspräsidium Kassel. Der Referatsleiter der Kommunalaufsicht des RPs sowie der für Meinhard zuständige Sachbearbeiter haben uns mitgeteilt, dass unser Haushalt, wegen der Unterschreitung der Liquiditätsgrenze im Jahr 2026, so nicht genehmigungsfähig ist. Die Gemeinde ist nun gezwungen, den Haushalt nachzubessern. Der einfachste Weg ist, das Haushaltssicherungskonzept zu überarbeiten. Frau Schönberg wird sich nun an die Arbeit machen und ein entsprechendes Konzept vorlegen.

Stelle für einen Auszubildenden oder eine Auszubildende

Im Gemeindevorstand und auch mit einigen Kollegen aus der Verwaltung habe ich über die Einstellung eines Auszubildenden / einer Auszubildenden beraten und wir sind zu dem Entschluss gekommen, ab dem 1. August 2024 eine Ausbildungsstelle zur / zum Verwaltungsfachangestellte/n anzubieten. Ein entsprechendes Bewerbungsverfahren ist dann durchzuführen. Die Stelle wird ausgeschrieben.

Erwerb Standorte Wasserbehälter Grebendorf

Die Wasserbehälter Tiefzone und Hochzone in Grebendorf befinden sich auf Grundstücken der Waldinteressenten Grebendorf, ebenso die Zufahrt zum Wasserbehälter Hochzone. Die Standorte wurden bisher von uns nur gepachtet. Von den Waldinteressenten besteht jetzt der Wunsch, die Grundstücke an die Gemeinde zu verkaufen.

Der Gemeindevorstand hat folgendes beschlossen:

- Erwerb der Zufahrt zum Wasserbehälter Hochzone als Wegeparzelle,
- Erwerb des Standortes für den Wasserbehälter Hochzone als Einzelparzelle,
- Erwerb des Standortes für den Wasserbehälter Tiefzone als Einzelparzelle,
- Übernahme der Vermessungskosten einschließlich Abmarkung und
- Erwerb per Grundstückstausch, Vergütung der Flächendifferenz mit 0,60 €/m².

Alte Feuerwehrfahrzeuge Neuerode und Frieda

Das alte Fahrzeug der Feuerwehr Neuerode wurde von einem Gutachter auf 7.500 € geschätzt. Für diesen Preis haben wir es auch im Internet zum Verkauf angeboten. Bisher liegt aber lediglich ein Angebot in Höhe von 3.500 € vor. Im Gemeindevorstand hatten wir auch über die Aktion von „Eschwege hilft“ gesprochen. Über dieses Projekt gäbe es die Möglichkeit das Fahrzeug in die Ukraine zu spenden. Der Vorgang bleibt vorerst zur Beratung im Gemeindevorstand.

Das alte Fahrzeug der Feuerwehr Frieda wird ebenfalls demnächst geschätzt. Hier soll allerdings der Feuerwehr Kella ein Angebot zum Kauf unterbreitet werden, da die dringend ein neues Fahrzeug suchen.

RTL dreht in Meinhard

Morgen früh kommt RTL mit einem Fernsehteam nach Meinhard. RTL möchte die Problematik filmen, wenn Pool's nachts ohne Anmeldung befüllt werden und unsere Wassermeister alarmiert werden und auf Rohrbruchsuche gehen. Immerhin sind Poolgrößen mit 10 Kubikmetern die Regel – es gibt aber auch größere. Ich habe das

mal geschätzt – bei 50 Pools in Meinhard stehen zur Zeit 500.000 Liter Trinkwasser in den Gärten Meinhards rum.

Zum Schluss verweise ich auf die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zum Thema Kindergarten, die Ihnen als Anlage zu diesem TOP per Mail zugegangen sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!“

Die Gemeindevertretung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gemeindevertreter Pippert fragt, warum die freie Stelle auf dem Bauhof nicht besetzt wird, wenn dieser so überlastet ist.

Bürgermeister Brill antwortet darauf, dass dies Sparmaßnahmen sind.

TOP 18

Anregungen und Verschiedenes

- **Gemeindevertreter Sauer** bittet den Gemeindevorstand einen Termin für eine gemeinsame Ausschusssitzung mit Korian zu finden und das Vorgehen zu beschleunigen, da wir nun einen Kindergarten-Bauplatz kaufen werden.
- **Vorsitzender Krannich** kündigt an, dass trotz eigentlicher Sommerpause noch eine Sondersitzung stattfinden soll, weil das Haushaltssicherungskonzept wahrscheinlich Mitte Juli noch einmal beschlossen werden muss.

Vorsitzender Krannich verabschiedet sich wie folgt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich herzlichst für die Arbeit im ersten Halbjahr 2023 bedanken. Für die kommende Zeit wünsche ich mir hier in unserem Hause mal wieder ein Arbeiten bzw. Zusammenarbeiten auf Augenhöhe – ich für meine Person kann nur sagen, dass ich sehr oft schlaflose Nächte hatte und wir alle müssen bedenken und uns auch mal vor Augen führen, dass wir diese Ämter alle nur ehrenamtlich ausüben.

Demokratie lebt von der Meinung der bzw. des Anderen. Wir müssen nicht alle einer Meinung sein – das ist auch gut so! Lassen Sie und wieder den Fokus auf unsere Arbeit legen. Wir sind es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig.

Vielen Dank!“

Vorsitzender Krannich schließt die Sitzung um 22:17Uhr.

Vorsitzender

Schriftführung